

Kenia: Situation von homosexuellen Personen

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 23. Juli 2025

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2025 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Homosexualität	4
2.1	Gesetzeslage und Anwendung	4
2.2	Gewalt und Diskriminierung.....	6
3	Quellen	7

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expert*innen und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist die Lage von homosexuellen Personen in Kenia?
2. Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass sich das Gesetz bezüglich des Verbots nur auf Männer bezieht?
3. Kommt es zu Strafverfolgungen auf der Grundlage dieses Gesetzes?
4. Gewährleistet der kenianische Staat Schutz für Frauen, die wegen gleichgeschlechtlicher Beziehung von ihrem Umfeld schlecht behandelt (beleidigt, geschlagen, bedroht) werden?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Kenia seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Homosexualität

2.1 Gesetzeslage und Anwendung

Kriminalisierung von Homosexualität in Kenia. Untenstehende Quellen berichten übereinstimmend, dass Homosexualität in Kenia strafbar ist. Im Strafgesetzbuch wird gemäss *US Department of State* (USDOS) «widernatürlicher Geschlechtsverkehr» kriminalisiert, was so ausgelegt wird, dass einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen verboten sind (USDOS, April 2024).

Strafgesetzbuch erwähnt nur Männer explizit; könnte jedoch auch gegen Frauen ausgelegt werden. Im Strafgesetzbuch (Artikel 162 bis 165) sind laut der LGBT²-Organisation *Human Dignity Trust* und dem *UK Home Office* tatsächlich nur Männer explizit erwähnt (Human Dignity Trust, Mai 2025; UK Home Office, Februar 2025). Gemäss USDOS sieht das Strafgesetz für Handlungen «grober Unanständigkeit» zwischen Männern – ob in der Öffentlichkeit oder im privaten Bereich – Freiheitsstrafen von fünf Jahren vor (USDOS, April 2024). Laut *Asylex* sind Personen, die gemäss Abschnitt 163 wegen einer «widernatürlichen Straftat» bestraft werden können, jede Person, die a) gegen die Natur mit einer anderen Person Geschlechtsverkehr hat; oder b) Geschlechtsverkehr mit einem Tier hat; oder c) einer männlichen Person gegen die Natur Geschlechtsverkehr mit sich selbst gestattet. Einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Männern sind ebenfalls gemäss Abschnitt 165 verboten und

¹ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>.

² LGBT ist eine aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender). Deutlich inklusiver ist die Abkürzung LGBTQIA+, mit welcher auch queere, intersexuelle und asexuelle Personen, sowie Personen mit weiteren Genderidentitäten erfasst werden. Die für die Recherche herbeigezogenen Berichte nutzten unterschiedliche Bezeichnungen (LGBT, LGBTI, LGBTQ, LGBT+ usw.). Um einerseits einen einheitlichen Begriff in dieser Publikation zu verwenden und andererseits sicherzustellen, dass die Aussagen aller genutzten Berichte für die genannte Personengruppe zutreffend sind, wird in diesem Bericht nur die minimale Version LGBT genutzt.

werden mit einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren geahndet. Das Strafgesetzbuch scheint laut *Asylex* gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Frauen nicht ausdrücklich zu verbieten. Obwohl dies im Strafgesetzbuch nicht ausdrücklich erwähnt werde, könnten der Wortlaut des Gesetzes und die Auslegung des Begriffs «gegen die Natur» dennoch eine ernsthafte Bedrohung für lesbische und bisexuelle Frauen darstellen (*Asylex*, n.d.). *UK Home Office* schreibt, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Frauen im Strafgesetzbuch nicht explizit kriminalisiert werden, aber dass Frauen, die Sex mit Frauen haben, wegen «unanständigen» Handlungen verhaftet werden (*UK Home Office*, Februar 2025).

Strafgesetz teilweise angewendet, Festnahmen geschehen auch auf Grundlage anderer Gesetze. Laut USDOS nahm die Polizei im Jahr 2023 Personen auf Grundlage dieser Gesetze fest – insbesondere solche, die im Verdacht standen, in der Sexarbeit tätig zu sein –, liess sie jedoch kurz darauf wieder frei. Unter Berufung auf LGBT-Organisationen berichtet USDOS, dass Polizeikräfte häufig allgemeine Gesetze zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (zum Beispiel «Störung des öffentlichen Friedens») anwandten, um LGBT-Personen zu verhaften oder zu belästigen (USDOS, April 2024). Übereinstimmend berichtet *Human Dignity Trust* von Hinweisen darauf, dass das Strafgesetz in den letzten Jahren angewendet wurde; allerdings würden Berichte darauf hindeuten, dass die Polizei LGBT-Personen häufiger auf der Grundlage von Gesetzen zur Verfolgung von «Herumlungern», «Anwerbung» und «Identitätsbetrug» festnehmen (*Human Dignity Trust*, Januar 2025). Laut *Human Rights Watch* (HRW) wurde das betreffende Strafgesetz in den letzten Jahren nur selten angewendet. Konkret seien in den letzten zehn Jahren vier Personen unter Artikel 162 (widernatürliche Straftat) strafrechtlich verfolgt worden. Die betreffenden Strafgesetze seien jedoch die Grundlage für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen und würden zu einem Klima der Diskriminierung und Gewalt beitragen (HRW, Mai 2019).

Kein rechtlicher Schutz gegen Diskriminierung von LGBT-Personen. Laut *UK Home Office* und USDOS und schützt das Gesetz LGBT-Personen nicht ausdrücklich vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Genderidentität oder des Genderausdrucks oder der Geschlechtsmerkmale, und es erkannte LGBT-Personen, -Paare oder ihre Familien nicht an. Das Gesetz anerkenne oder schütze die Rechte von LGBT-Personen in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung, Bildung oder Gesundheitsversorgung nicht ausdrücklich ((*UK Home Office*, Februar 2025; USDOS, April 2024). In den Quellen wurden keine Hinweise auf eine staatliche Schutzpflicht für lesbische Frauen gefunden.

Polizeikräfte verweigern Hilfe an LGBT-Personen, die Opfer von Gewalt wurden. Laut HRW nutzen Polizeikräfte die oben beschriebenen Strafgesetze als Vorwand, um LGBT-Personen zu schikanieren und Geld oder Sex von ihnen zu erpressen oder um LGBT-Personen, die Opfer von Gewalt geworden sind, Hilfe zu verweigern (HRW, Mai 2019).

Gesetzesentwurf für härtere Bestrafungen von Homosexualität. *Amnesty International* (AI), *Africanews* und *Human Dignity Trust* berichten übereinstimmend über einen Gesetzesentwurf des Parlamentsabgeordneten Peter Kaluma, welcher vorsieht, homosexuelle Handlungen weiter zu kriminalisieren. Das sogenannte «Gesetz zum Schutz der Familie» von 2023 sieht vor, einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren zu bestrafen und die Todesstrafe für «schwere Homosexualität» einzuführen (*Africanews*, August 2024; AI, April 2024; *Human Dignity Trust*, Januar 2025).

2.2 Gewalt und Diskriminierung

Gewalt, Belästigung und Diskriminierung gegen LGBT-Personen durch Behörden, Hassreden von Politiker*innen und religiösen Autoritäten. USDOS beruft sich auf Berichte von *Nichtregierungsorganisationen*, wonach die Polizei auch im Jahr 2023 LGBT-Personen in Gewahrsam häufig belästigte, einschüchterte oder körperlich misshandelte. Ausserdem habe die Polizei homosexuellen Männern in Gewahrsam mit erzwungenen Analuntersuchungen gedroht - eine medizinisch umstrittene Praxis ohne Beweiskraft, die 2018 verboten wurde. Diese Organisationen berichten ebenfalls, dass Polizeikräfte während der Anti-LGBT-Proteste im März 2023 in Küstengemeinden gegen LGBT-Personen gerichtete Belästigungen nicht verhinderten und dass gewählte Politiker*innen und religiöse Führer*innen in öffentlichen Äusserungen und in den sozialen Medien zu Gewalt und Belästigung gegen LGBT-Personen aufriefen (USDOS, April 2024). Von HRW zitierte *kenianische Menschenrechts- und LGBT-Organisationen* berichteten, dass die gegen LGBT-Personen gerichteten Strafgesetze dazu benutzt werden, um Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Wohnungswesen zu rechtfertigen, Schüler*innen von Schulen zu verweisen oder zu suspendieren, künstlerische Ausdrucksformen im Zusammenhang mit LGBT-Themen zu zensieren und LGBT-Organisationen an der Registrierung zu hindern (HRW, Mai 2019). Laut *Human Dignity Trust* bestätigte das Oberste Gericht in Kiambu im September 2023 die Entscheidung einer Schulbehörde, eine minderjährige Schülerin wegen ihrer angeblichen sexuellen Orientierung als lesbische Person von der Schule zu verweisen (Human Dignity Trust, Januar 2025).

Zunahme von «Konversionstherapien». USDOS berichtet unter Bezugnahme auf LGBT-Organisationen von einer Zunahme sogenannter «Konversionstherapien» und «korrigierender» Vergewaltigungspraktiken, einschliesslich Zwangsheirat, Exorzismus, körperlicher Gewalt, psychischer Gewalt oder Inhaftierung (USDOS, April 2024).

Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- oder Versammlungsfreiheit. Laut USDOS erlauben Behörden LGBT-Interessenvertretungsorganisationen, sich zu registrieren und Aktivitäten durchzuführen. Im Februar 2023 hob der Oberste Gerichtshof ein Urteil einer niedrigeren Instanz auf, das LGBT-Organisationen das Recht auf Registrierung als NGO verwehrte, und bestätigte seinen Entscheid im September, womit das verfassungsmässige Vereinigungsrecht der Gruppen bestätigt wurde. Der Entscheid löste laut USDOS eine Gegenreaktion aus und LGBT-Personen wurden in der Folge vermehrt zum Ziel von Belästigungen, Diskriminierungen, Räumungen, Erpressungen und Schutzgelderpressungen (USDOS, April 2024). *Amnesty International* (AI) berichtete in diesem Zusammenhang auch von Morddrohungen gegen LGBT-Personen (AI, April 2024). Die Behörden schränkten gemäss USDOS-Bericht die Meinungsfreiheit für LGBT-Inhalte durch ein Gesetz ein, das die Verbreitung und Ausstrahlung von Inhalten an die Öffentlichkeit regelte. Im April 2023 verabschiedete das Parlament einen nicht bindenden Antrag, der Diskussionen und Debatten über LGBT-Angelegenheiten verbot (USDOS, April 2024).

Ablehnung und homophobe Einstellungen in der kenianischen Gesellschaft. *Equaldex*, eine Online-Plattform für LGBT Rechte, hat in einer Umfrage die Einstellung der kenianischen Öffentlichkeit gegenüber homosexuellen Personen erfasst. Diese hat ergeben, dass im Jahr 2023 nur gerade 19,7 Prozent homosexuelle Personen als Nachbar*innen akzeptieren würden, respektive dass rund 80 Prozent sie nicht akzeptieren würden. Weiter lehnten im Jahr 2023 90 Prozent der Befragten die gleichgeschlechtliche Ehe ab (*Equaldex*, n.d.).

3 Quellen

Africanews, 13. August 2024:

«Kenya is considering the Family Protection Bill 2023, which could lead to 50-year prison sentences for non-consensual same-sex acts.

Sponsored by Homa Bay Town legislator Peter Kaluma, the bill aims to ban homosexuality, same-sex unions, and LGBTQ activities and campaigns. It also intends to prohibit gay parades, assemblies, marches, and public cross-dressing.

According to the bill, individuals engaging in non-consensual same-sex acts could face imprisonment for a minimum of 10 years and a maximum of 50 years. Owners of premises used for same-sex relations may be fined \$14,000 (£11,000) or serve a seven-year jail term if the bill becomes law.

This development follows recent anti-LGBTQ protests in Mombasa by clerics and civil society organizations.

It also comes after Kenya's Supreme Court upheld a mid-September decision to allow the registration of LGBTQ non-governmental organizations, overturning a decade-long dispute with the National Gay and Lesbian Rights Commission, which had been denied registration by Kenya's NGO Coordinating Board.

The Supreme Court's ruling earlier this year deemed such discrimination unconstitutional, marking a significant milestone for LGBTQ organizations in Kenya.» Quelle: Africanews, Kenya's anti-gay bill proposes 50-year jail term, 13. August 2024: <https://www.africanews.com/2023/09/20/kenyas-anti-gay-bill-proposes-50-year-jail-term/>.

AI, April 2024:

«In February, the Supreme Court affirmed the right to freedom of association for LGBTI people, and directed the Non-Governmental Organizations Coordination Board to register associations representing LGBTI rights, without discrimination. The judgment sparked a backlash, including death threats against LGBTI people. In April, the Homa Bay Town MP, Peter Kaluma, proposed the Family Protection Bill to parliament, which, if adopted, would further criminalize consensual same-sex sexual conduct and prescribe the death penalty for "aggravated homosexuality".

In January, Edwin Chiloba, a gay man, was killed in what was described by the authorities as intimate partner violence. Government agencies failed to investigate allegations that his killing was motivated by his sexuality.» Quelle: Amnesty International, The State of the World's Human Rights; Kenya 2023, 24. April 2024: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107943.html>

Asylex, n.d.

«Kenya has colonial-era sodomy laws that are still in force. Under section 162 of the Kenyan Penal Code sodomy is punishable with a fourteen year jail sentence. Section 163 defines any attempt to commit an 'unnatural offense' as a crime with a seven year prison term. Persons punishable for committing an 'unnatural offense' under Section 163 are 'any person who a) has carnal knowledge of any person against the order of nature; or b) has carnal knowledge of an animal; or c) permits a male person to have carnal knowledge of him or her against the order of nature'. Consensual sexual conduct between men is also prohibited under section 165, which carries a five year prison term. However, the Penal

Code does not seem to statutorily ban female-female same-sex acts. Although not expressly mentioned in the Penal Code, the language of the law and the interpretation of the term ‘against the order of nature’ can nevertheless constitute a serious threat for lesbian and bisexual women (see below the case Ali Abdi Shabura v. Republic).» Quelle: Asylex, Kenya LGBTQI+ Resources, n.d. <https://rightsindexile.org/sexual-orientation-and-gender-identity-country-list/kenya-lgbtqi-resources/>.

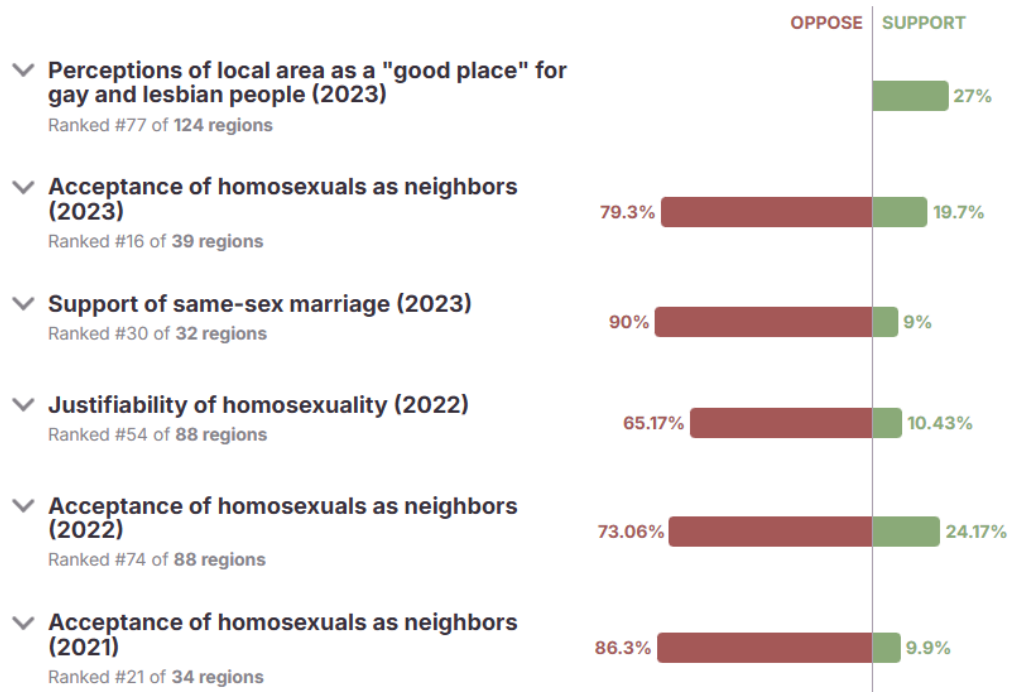
Equaldex, abgerufen am 20. März 2025:



Public Opinion

[Suggest Public Opinion Data](#)

Research in attitudes towards LGBTQ+ issues in Kenya have identified a strong opposition to LGBTQ+ rights, reflecting underlying homophobic sentiments.



Quelle: Equaldex, LGBT Rights in Kenya, abgerufen am 20. März 2025:
<https://www.equaldex.com/region/kenya>.

HRW, Januar 2025:

«Kenya still criminalizes consensual same-sex relations. Article 162 of the penal code punishes "carnal knowledge against the order of nature" with up to 14 years in prison, while article 165 makes "indecent practices between males" liable to up to five years in prison.» Quelle: Human Rights Watch (HRW), World Report 2025 - Kenya, 16. Januar 2025:
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2120093.html>.

HRW, Mai 2019:

«(Nairobi) – Kenya's High Court on May 24, 2019 upheld laws criminalizing homosexual acts between consenting adults, a step backward in the progress Kenya has made toward equality in recent years, Human Rights Watch said today.
[...]

Kenya's anti-homosexuality laws are a colonial relic, first imposed by British colonizers in 1897. Article 162 punishes "carnal knowledge against the order of nature" with up to 14 years in prison, while article 165 makes "indecent practices between males" liable to up to five years in prison.

The laws are rarely enforced – Human Rights Watch is aware of two prosecutions against four people under article 162 in the last 10 years. But they underpin a broad array of human rights abuses and contribute to a climate of discrimination and violence.

Police use the laws as a pretext to harass and extort money or sex from LGBT people, or to deny services to LGBT people who are victims of violence. Kenyan human rights and LGBT organizations report that the laws have been used to justify employment and housing discrimination, to expel or suspend students from schools, to censor artistic expression related to LGBT issues, and to prevent LGBT organizations from registering.» Human Rights Watch (HRW), Kenya: Court Upholds Archaic Anti-Homosexuality Laws, 24. Mai 2019: <https://www.hrw.org/news/2019/05/24/kenya-court-upholds-archaic-anti-homosexuality-laws>.

Human Dignity Trust, 9. Januar 2025:

«Types of criminalisation

Criminalises LGBT people

Criminalises sexual activity between males

Summary

Same-sex sexual activity is prohibited under the Penal Code 1930, which criminalises acts of ‘gross indecency’ and ‘carnal knowledge against the order of nature’. These provisions carry a maximum penalty of fourteen years’ imprisonment. Only men are criminalised under this law.

The law was inherited from the British during the colonial period, in which the English criminal law was imposed upon Kenya. Kenya retained its colonial-era penal code upon independence and continues to criminalise same-sex sexual activity today.

There is some evidence of the law being enforced in recent years, with LGBT people occasionally being subject to arrest under the criminalising provisions, though reports suggest that police more often use laws criminalising ‘loitering’, ‘solicitation’, and ‘impersonation’ to arrest LGBT people. There have been consistent reports of discrimination and violence being committed against LGBT people in recent years, including high-profile attacks against LGBT refugees in Kakuma Refugee Camp.

Kenya has seen a number of significant legal challenges to criminalising provisions and the treatment of LGBT people and organisations in recent years. These have included a case that established that the use of forced anal examinations is illegal and a case that upheld the right of LGBT people to form and register organisations. **A constitutional challenge to the laws criminalising same-sex sexual activity was rejected in 2019 by the High Court and is currently being appealed to the Court of Appeal.**

[...]

2023

[...] In April, Peter Kaluma, Member of Parliament for an opposition party, [proposed](#) a bill to further criminalise LGBT people in Kenya. The so-called [Family Protection Bill 2023](#) seeks to penalise consensual same-sex sexual activity by a minimum of 10 years in prison, and to introduce the death penalty for “aggravated homosexuality”.

Amongst other things, the proposed bill would also impose a minimum 10-year sentence for activities intended to change public opinion towards LGBT+ rights, in a measure clearly aimed at silencing activists.

In September, the Kenyan Supreme Court [upheld](#) its February judgment, thus reaffirming the constitutional right to association of the NGLHRC. The Supreme Court found that Mr Kaluma’s application was a ‘disguised appeal’. The Court further declared: “The applicant is an Advocate of the High Court of Kenya and a Member of Parliament. He ought to have known that his application was misconceived ab initio.”

Also in September, the High Court at Kiambu upheld the decision of a high school board to expel a student (a minor) over claims of lesbianism.

It was reported in September that MP Peter Kaluma had written to the National Assembly Speaker, notifying him of his proposal to have the term “sex” redefined in Article 259(4) of the Constitution. This Article prohibits State discrimination against minorities, including on the basis of “sex”, which courts have interpreted to include “sexual orientation”. Mr Kaluma is proposing a constitutional amendment to ensure “sex” can only be interpreted as the biological state of being male or female assigned at birth.

It was also reported in September that Members of the County Assembly of Mombasa were considering introducing a Bill which prohibits LGBT organisations from working in Mombasa.

In October, the Centre for Minority Rights and Strategic Litigation and Mr. JM brought a case against the Police Inspector for allowing religious leaders and lobby groups to hold homophobic protests whenever a court rules in favour of the LGBT community. This case was brought in response to a series of homophobic demonstrations following the Supreme Court’s affirmation in September of the earlier decision allowing the National Gay and Lesbian Rights Commission (NGLHRC) to register as a non-government organisation. The petitioners reportedly argued that anti-LGBT activists are violating the human rights of the LGBT community, as the group’s religious and political leaders mobilised rallies and marches to protest the Supreme Court’s February ruling, spreading misinformation and hate speech against the LGBT community. Quelle: Human Dignity Trust, Country Profile Kenya, 9. Januar 2025: <https://www.humandignitytrust.org/country-profile/kenya/>.

UK Home Office, Februar 2025:

*«3.1.3 The constitution includes the right to equality and non-discrimination but does not specifically recognise or provide protection based on sexual orientation or gender identity and expression. **Same-sex sex between men is criminalised under sections 162 and 165 of the penal code with sentences of up to 14 years imprisonment. Same-sex relationships between women are not explicitly criminalised, but women who have sex with women may face arrest for acts considered ‘indecent’** (See [Legal context](#)).*

[...]

8.2.7 ILGA report 2024 noted: ‘Kenya currently does not have national legislation protecting persons based on their SOGIESC in the provision of goods and services, healthcare, education, employment, or housing.’ » Quelle: UK Home Office, Country Policy and Information Note Kenya: Sexual orientation and gender identity [Version 4.0], February 2025: https://www.ecoi.net/en/file/local/2121959/KEN_CPIN_Sexual_orientation_and_gender_identity_and_expression.pdf.

USDOS, April 2024:

«ACTS OF VIOLENCE, CRIMINALIZATION, AND OTHER ABUSES BASED ON SEXUAL ORIENTATION, GENDER IDENTITY OR EXPRESSION, OR SEX CHARACTERISTICS

Criminalization: The penal code criminalized “carnal knowledge against the order of nature,” which was interpreted to prohibit consensual same-sex sexual conduct, and it specified a maximum penalty of 14 years’ imprisonment if convicted, as well as seven years for “attempting” such conduct. The law criminalized acts of “gross indecency” between men, whether in public or in private, with five years’ imprisonment. Police

detained persons under these laws, particularly persons suspected of working in commercial sex, but released them shortly afterward.

LGBTQI+ organizations reported police more frequently used general public order laws (for example, disturbing the peace) to arrest or harass LGBTQI+ individuals. NGOs reported police frequently harassed, intimidated, or physically abused LGBTQI+ individuals in custody. They also reported police threatened gay men while in custody with forced anal examinations, a medically discredited practice with no evidentiary value that was outlawed in 2018.

Violence and Harassment: LGBTQI+ organizations reported police failed to prevent harassment against LGBTQI+ individuals during March anti-LGBTQI+ protests in coastal communities. They also reported some elected politicians and religious leaders incited violence and harassment against LGBTQI+ individuals in public statements and on social media during the year.

Nonstate actor violence against LGBTQI+ individuals was widespread. The KNCHR received at least 60 reports from LGBTQI+ persons who believed they were at risk of being attacked during protests in March and September. Civil society organizations reported evictions of LGBTQI+ persons following anti-LGBTQI+ protests. For the 2022 killing of Sheila Adhiambo Lumumba, a nonbinary member of the LGBTQI+ community, police charged a suspect who pleaded guilty.

Discrimination: The law did not explicitly protect LGBTQI+ persons from discrimination based on sexual orientation, gender identity or expression, or sex characteristics, and it did not recognize LGBTQI+ individuals, couples, or their families. The law did not specifically recognize or protect the rights of LGBTQI+ persons in housing, employment, education, or health care. LGBTQI+ organizations reported their caseload increased four-fold during the year as LGBTQI+ persons faced harassment, discrimination, evictions, blackmail, and extortion following a backlash spurred by the February Supreme Court ruling affirming the right of LGBTQI+ groups to associate. LGBTQI+ persons reportedly faced discrimination in the workplace.

[...]

Availability of Legal Gender Recognition: The law allowed intersex persons to formally identify “intersex” or “I” as the third gender, but the law did not otherwise cover or normalize gender-nonconformity or nonbinary designations.

Involuntary or Coercive Medical or Psychological Practices: LGBTQI+ rights organizations reported an increase in so-called conversion therapy and corrective rape practices, including forced marriage, exorcism, physical violence, psychological violence, or detainment.

According to the KNCHR, intersex infants and children were subjected to harmful medical practices in an attempt to “normalize” them. In 2022 the country amended the Children’s Rights Act protecting children from unnecessary harmful genital surgeries. The KNCHR reported it received two complaints of harmful medical practices on intersex children during the year.

Restrictions of Freedom of Expression, Association, or Peaceful Assembly: Authorities permitted LGBTQI+ advocacy organizations to register and conduct activities. In February, the Supreme Court struck down a lower court ruling that denied LGBTQI+ organizations the right to register as NGOs and upheld its decision in September, thus affirming the groups’ constitutional right of association.

Authorities restricted freedom of expression for LGBTQI+ content through a law that regulated distribution and broadcasting of content to the public. In April, parliament passed a non-binding motion banning discussion and debate of LGBTQI+ matters.»

Quelle: US Department of State (USDOS), 2023 Country Report on Human Rights Practices: Kenya, 23. April 2024: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107746.html>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.